Biometrische Identifikationsverfahren

Rechtliche Bestimmungen / Datenschutzanforderungen

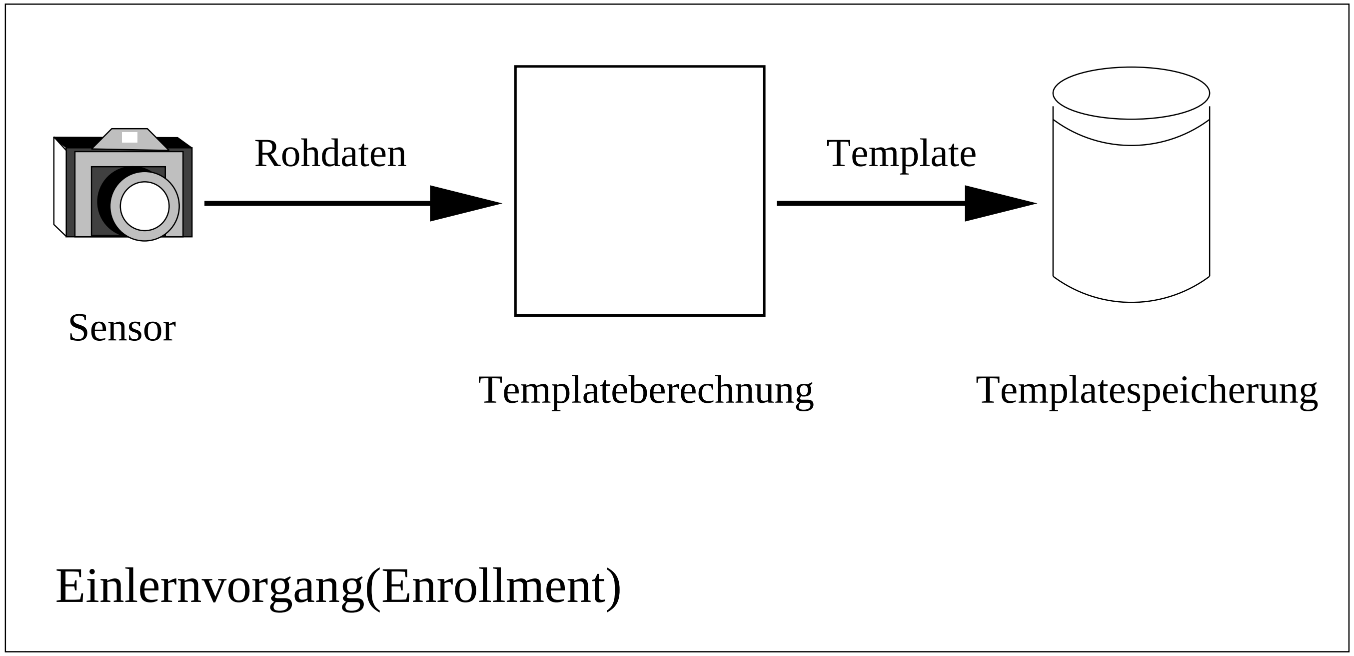
Gordon Kunkel

01. Juli 2004

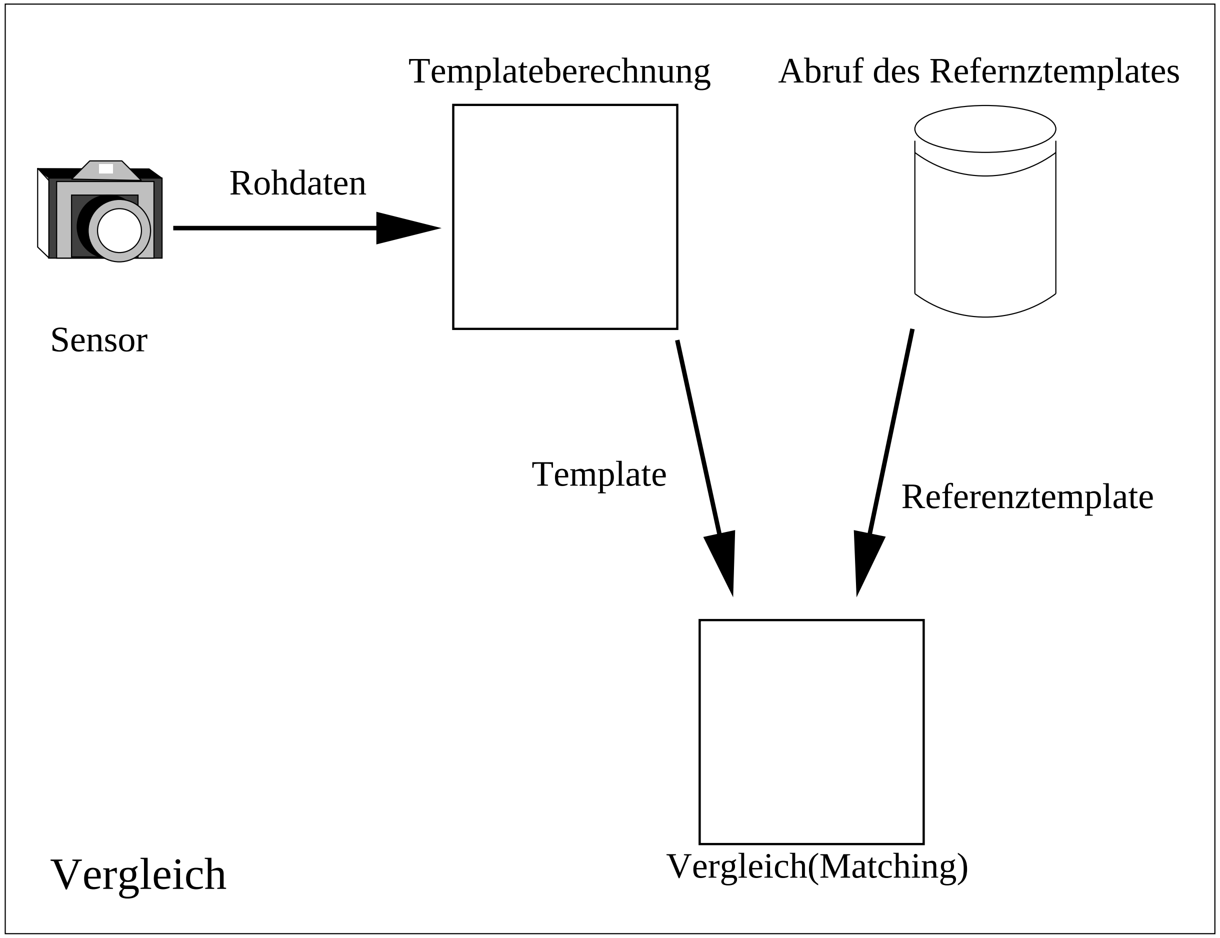
Inhalt

Art der Daten (1)

- Rohdaten
- Templates



Art der Daten (2)



„Betriebsarten“

- Verifikation
  - 1:1-Vergleich ⇒ dezentrale Speicherung von Daten möglich
- Identifikation
  - 1:n-Vergleich ⇒ Daten müssen zentral gespeichert werden

Datenspeicherung

Was wird gespeichert?

- Rohdaten
- Template
- Rohdaten und Template
- Klartext-Chiffrat-Paare

Personenbezogene Daten (1)

- Zuordnung von Informationen (Name, . . .) zu Rohdaten oder Templates
- Anonyme Verfahren („Anonyme Biometrie“)
  - Klartext-Chiffrat-Paare

Personenbezogene Daten (2)

- Das staatliche Erheben, Verarbeiten und Nutzen von personenbezogenen Daten stellt einen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung dar.
- Eingriffe nur dann zulässig, wenn eine gesetzliche Grundlage als verfassungsmäßige Rechtfertigung des Eingriffs vorliegt.
- Für private Stellen besteht keine unmittelbare Relevanz. Hier stehen den betroffenen zivilrechtliche Abwehransprüche zur Verfügung.

Überschießender Informationsgehalt

- Aus Rohdaten können weitere Informationen über Personen gewonnen werden:
  - Gesicht und Sprache ⇒ Geschlecht, Alter, ethnische Herkunft
  - Augenhintergrund ⇒ Arteriosklerose, Diabetes, Bluthochdruck
  - Fingerabdruck ⇒ chronische Magen-Darm-Beschwerden, Leukämie, Brustkrebs
- Ohne Detailkenntnisse des Konstruktionsprinzips sind Rückschlüsse aus Templates sehr schwierig.

EG-Datenschutzrichtlinie

- Schutz von sensiblen personbezogenen Daten nach Art. 8 der EG-Datenschutzrichtlinie sind Daten zu:
  - rassischer und ethnischer Herkunft
  - Gesundheit
  - Sexualleben
- Gilt nicht für Daten, die durch die Person bereits öffentlich gemacht worden sind.

Erhöhung des Datenschutzes durch Biometrie

- Zugriffssicherung zu personenbezogenen Daten ⇒ Privacy-Enhancing Technology (PET)
  - Erzeugung von kryptographischen Schlüsseln für die Verschlüsselung
  - Ergänzung traditioneller Elemente der Datensicherung (Paßworte, Chipkarten, . . .)

Gewinnung von Daten

- Grad der Mitwirkung des Betroffenen
  - Ohne Kenntnis
  - Mit Wissen
  - Unter Mitwirkung

Auswirkungen auf die rechtliche Bewertung

„Menschenwürdegarantie“

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(Art. 1 Abs. 1 GG)

„Menschenwürdegarantie“

- Besonderheiten in der Art der Datenerhebung
  - z.B. Lügendetektor
- Umfassender Katalogisierung der Persönlichkeit
- Drittwirkung (betrifft privatrechtliche Rechtsverhältnisse)

Persönlichkeitsrecht

Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(Art. 2 Abs. 1 GG)

Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

(Art. 2 Abs. 2 GG)

Grundsatz der offenen Datenerhebung

- Verdeckte Erhebung von biometrischen Rohdaten durch Private in der Regel Verstoß gegen §28 und §29 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG)
- Erhebung durch staatliche Einrichtungen möglich z.B. bei:
  - Straftaten
  - Ordnungswidrigkeiten
  - arbeitsrechtlichen Rechtsverhältnissen

Technische Sicherheit und Zuverlässigkeit

- Zuverlässigkeit und Robustheit
  - Veränderung der Rohdaten: Stimmbruch, Verletzung, ...
- Überwindungssicherheit
  - Lebenderkennung, siehe Vortrag von Steffen Hein, Markus Mahrla

Einsatzszenarien

- Öffentlicher Bereich - Verpflichtender Einsatz
  - Pass- und Personalausweiswesen
  - Strafverfolgung
  - Asylverfahren
- Öffentlicher Bereich - Fakultativer Einsatz
  - Zusätzliche Kassenautomaten, beispielweise im Sozialamt
- Nicht-öffentlicher Bereich
  - Banken - Geldautomaten
  - Einsatz in privater Sphäre

Pass- und Personalausweiswesen

- Speicherbare biometrische Merkmale von:
  - Finger, Hände oder Gesicht
- Prüfung erfolgt nur auf Echtheit des Dokumentes und Identität des Inhabers
- Es wird keine bundesweite Datenbank eingerichtet.

Strafverfolgung und Strafvollzug

- §14 Abs. 2 Nr. 7 BDSG, §28 Abs. 3 Nr. 2 BDSG-E
- §161 Abs. 1 Satz 1 StPO, §160 Abs. 4 StPO
- §14 Abs. 4 BDSG, §31 BDGS
- §98 a StPO (Rasterfahndung), §98 b StPO (Anordnung durch Richter oder Staatsanwalt)
- §94 StPO(Sicherstellung), §81 b StPO (Erkennungsdienst)
- §81 a StPO (Körperliche Eingriffe), §86 Abs. 2 StVollzG (Erkennungsdienst)
- §86 Abs. 3 StVollzG

Asylverfahren - AsylVfG

§ § § § §

§ § §

§ § §

Kassenautomaten - Sozialamt

- Barzahlung mittels Geldautomaten abgesichert durch biometrisches Merkmal statt PIN
- Geräte verschiedener Standorte müssen nicht kompatibel sein
- Seit 1997 ohne Biometrie in Berlin im Einsatz, zusätzliche Absicherung scheint nicht notwendig

Banken - Geldautomaten (§9 BDSG)

- Speicherung des Templates auf der Karte des Kunden
- Vergleich innerhalb der Karte erstrebenswert (on-card-matching)
- Sensor auf der Karte(Fingererkennung)
- Datenschutzrechtlich wirksame Einwilligung notwendig

Einsatz in privater Sphäre

- Anwendungen:
  - Absicherung von Haus-, Wohnungs- und Kfz-Türen
  - Mobiltelefone
- Vorsicht! Es könnten Dritte beroffen sein!
  - Daten könnten absichtlich oder zufällig erhoben werden
  - z.B. Gesichtserkennungsverfahren an einer Haustür

Fazit (1)

- Möglichkeiten für eine Verbesserung der Datensicherheit
- Gefährdung für grundrechtliche Positionen
  - Persönlichkeitsrecht: z.B. informationelle Selbstbestimmungsrecht
  - Menschenwürdegarantie
- Biometrieeinsatz in staatlichen Verfahren und im privatrechtlichen Bereich muß minimiert werden
- Datensparsame Systeme verwenden
- Dezentrale Datenhaltung
- Daten im Besitz des Nutzers

Fazit (2)

- Langzeitrisiko durch Standardisierungsbemühungen
- Templatefreie Verfahren können in Zukunft Abhilfe schaffen
- Transparente Verarbeitung, keine verdeckte Erhebung von Daten
- Ausweitung der Datenschutzkontrollinstanzen auch auf dem nicht-öffentlichen Bereich

Datenschutz - International

- USA
  - Kein allgemeines Datenschutzrecht (Verbraucherschutz - Ländersache)
  - Keine Kontrollinstanz
- Kanada
  - Regeln nur im sozialstaatlichen Bereich
  - Für den privaten Bereich: Empfehlungen des Datenschutzbeauftragten